

Eins ist sicher: der Profit der Rüstungsindustrie

Rüstungshaushalt 2009

von Arno Neuber

Die Ausrichtung der Bundeswehr auf weltweite Kriegsführungsfähigkeit verschlingt immer mehr Geld. Im kommenden Jahr soll deshalb der „Verteidigungs“haushalt auf 31,1 Mrd. Euro aufgestockt werden, eine Steigerung um rund 1,6 Mrd. Euro (5,6%).¹

In anderen Haushaltstiteln sind weitere Militärausgaben versteckt. Nach NATO-Kriterien addieren sich so die Rüstungsausgaben 2009 auf 33,5 Mrd. Euro.²

Die Große Koalition hat es damit geschafft, den Rüstungshaushalt seit 2006 um mehr als 3,2 Mrd. Euro in die Höhe zu treiben. Dazu hatte die Regierung Schröder-Fischer noch sieben Jahre gebraucht.

Wie kostenintensiv die Hochrüstung der Bundeswehr zur global einsetzbaren Hightech-Truppe ist, zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1992. Die Bundeswehr hat heute nur noch halb so viele Soldaten, aber der Beschaffungsetat kletterte von 3,9 auf 5,2 Mrd. Euro.³

Der Bundeswehrplan, den der Generalinspekteur jedes Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren fortschreibt, rechnet bereits mit weiteren Steigerungen der Rüstungsinvestitionen. Sie sollen im Jahr 2010 rund 6,1 Mrd. Euro und 2013 mehr als 6,9 Mrd. betragen.⁴

Gleichzeitig klagt der ranghöchste Soldat über die „engen finanziellen Rahmenbedingungen“, die „eine strukturelle Vollausrüstung der Streitkräfte mit modernem Gerät kurz- und mittelfristig“ nicht möglich mache.⁵

„Verteidigungs“minister Jung begründete im Bundestag den erhöhten Finanzbedarf der Bundeswehr mit den Auslandseinsätzen - insbesondere mit der Beteiligung am Krieg in Afghanistan - und mit den Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der EU. Deutschland ist führend an den EU-Battlegroups beteiligt und auch an der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Response Force).

Was die Auslandseinsätze der Bundeswehr bislang wirklich gekostet haben, ist nirgendwo ausgewiesen. Der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes („Verteidigungs“etat) listet lediglich die sog. Einsatzbedingten Mehrkosten auf. Allein die addieren sich

in den Jahren 2002 bis 2007 auf rund 6,5 Mrd. Euro.⁶

Im Juli 2008 bezifferte der Verteidigungsausschuss des Bundestages die bisherigen Kosten des ISAF-Einsatzes in Afghanistan auf 2,7 Mrd. Euro. Die Verlängerung des Mandates um 14 Monate und die Aufstockung der Truppe auf bis zu 4.500 Soldaten soll weitere 688 Mio. Euro kosten.⁷ Dagegen sind für den zivilen Aufbau bislang lediglich 830 Mio. Euro ausgegeben worden, trotz der gegenteiligen Beschwörungen, die alljährlich die Bundestagsreden von Kriegsbeifürwortern schmücken.

Fakt ist, dass die gesamte Bundeswehr auf globale Einsatzfähigkeit umgerüstet wird. Dazu gehören auch zentrale, milliardenschwere Großvorhaben wie die neuen Fregatten, der Militärtransporter A400M und eine ganze Palette neuer, gepanzerter Fahrzeuge.

Die Marschflugkörper vom Typ MAW Taurus sollen 629 Mio. Euro kosten. Dabei handelt es sich um eine reine Angriffswaffe, deren Einsatz gegen Schiffe im Hafen und Flugzeuge am Boden vorgesehen ist.

Insgesamt listet der Bundeswehrplan 2009 fast 100 Großvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 89 Mrd. Euro auf.⁸ Die AG Sicherheitspolitik der Fraktion Die Linke hat berechnet, dass 2008 bereits Verpflichtungsermächtigungen der Bundesregierung für Rüstungsprojekte im Gesamtwert von 59,5 Mrd. Euro bestanden.⁹

Gleichzeitig soll mit dem „Verteidigungs“etat Industriepolitik gemacht werden. Bereits im November 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen Ministerium und Rüstungsindustrie geschlossen, die eine Definition „unverzichtbarer nationaler wehrtechnischer Kernfähigkeiten“ enthält und auf den „Erhalt und Ausbau der technologischen Spitzenstellung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ orientiert.¹⁰ Zu diesen „unverzichtbaren“ Rüstungsfähigkeiten gehören die Entwicklung und der Bau von Kampfflugzeugen, Transportflugzeugen, Hubschraubern, Drohnen, Panzer und Panzerfahrzeugen, Spionagesatelliten, U-Booten und Überwasserkampfschiffen.¹¹ So landet der

Löwenanteil der Rüstungsmillionen in den Kassen eines kleinen, erlauchten Kreises von Monopolisten. Dazu gehören die EADS (Flugzeuge, Hubschrauber, Lenk Waffen, Satelliten), die Panzerbauer Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und der Marinekonzern ThyssenKrupp.

Zwei Drittel des Beschaffungsetats der Bundeswehr kassiert die EADS.¹² Und auch der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall bewertet mit Blick auf die Rüstung „die globalen Geschäftsaussichten sehr optimistisch“.¹³ Allein die Beschaffung des Schützenpanzers Puma wird rund 4,7 Mrd. Euro kosten. Die Gewinne teilen sich Rheinmetall und KMW.

Kein Wunder, dass diese staatlich protegierten Monopolisten immer wieder kräftig an der Preisschraube drehen. So soll der Eurofighter, der Ende der 90er Jahre noch mit 13 Mrd. Euro veranschlagt war, nun rund 22 Mrd. kosten. In Großbritannien will man deshalb die superteuren Vögel weiter verkaufen, um den Rüstungshaushalt zu entlasten. Als Abnehmer sind Japan, Saudi-Arabien und Indien im Gespräch.¹⁴

Und auch der Militärtransporter Airbus A400M macht Schlagzeilen. Nicht nur, dass der Erstflug sich um bis zu zwei Jahre verzögern soll, der Preis steigt ebenfalls. Spekulationen über Mehrkosten von bis zu 700 Mio. Euro seien noch zu niedrig, heißt es in Branchenkreisen.¹⁵

Richtig „fette Brocken“ sind die neuen Fregatten der F125-Klasse. Sie sollen u.a. Spezialkräfte zu fernen Küsten bringen und Landziele von See aus unter Feuer nehmen, um dort eigene Bodentruppen zu unterstützen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 20. Juni 2007 den Bau von vier Schiffen dieses Typs genehmigt. Der Auftrag im Umfang von 2,6 Mrd. Euro ging an eine Arbeitsgemeinschaft aus ThyssenKrupp Marine Systems (Hamburg) und der Lürssen Werft (Bremen). Es sind solche Waffensysteme, die den Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Wolfgang Nolting, beflügeln, wenn er gegen eine „politisch bestimmte Verfassungsinterpretation“ trommelt, die die Möglichkeiten der Marine im internationalen Einsatz stark einschränke.¹⁶ Er kämpft für die „Weiterentwicklung der Marine zur Expeditionary Navy“.¹⁷

Längst hat Europa auch militärische Ambitionen im Weltraum. So sind Teile der Systemarchitektur des Satellitennavigationssystems Galileo „speziell auf die Anforderungen der militärischen Nutzung ausgelegt“.¹⁸ Die EU hat für dieses Projekt aus dem Budget für Transeuropäische Energie- und Verkehrsnetze eine Mrd. Euro bereitgestellt. Nachdem Verhandlungen

„Einsatzbedingter Mehrbedarf“ (in Mio Euro) für Auslandseinsätze der Bundeswehr

2009	2010	2011	2012	2013
580	555	555	555	555

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Geplante Entwicklung des „Verteidigungs“haushaltes (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
30,1	30,5	30,9	31,4	31,9

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Rüstungsinvestitionen (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
5,81	6,14	6,52	6,78	6,92

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Militärische Beschaffungen (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
5,06	5,38	5,77	6,15	6,38

Quelle: Bundeswehrplan 2009

mit Privatkonzernen gescheitert sind, stellt die EU nun weitere 1,6 Mrd. Euro aus dem EU-Landwirtschaftsfonds und 800 Mio. aus dem Forschungsetat des Jahres 2008 zur Verfügung.

Als im Frühsommer ein US-Bericht über eklatante Sicherheitsmängel in europäischen Atomwaffenlagern für Aufsehen sorgte, beeilte sich insbesondere die CDU zu versichern, dass Deutschland nicht auf die Teilhabe an Atomwaffen verzichten könne. Noch immer sind in Büchel Atombomben gelagert und deutsche Tornado-Piloten üben ihren Einsatz im Ernstfall. Da die Tornados inzwischen in die Jahre gekommen sind, will die Bundeswehr insgesamt 85 dieser Flugzeuge modernisieren. Darunter auch Modelle, die zum Tragen von Atomwaffen ausgelegt sind. Damit soll laut „Verteidigungs“ministerium die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands auch

über das Jahr 2020 hinaus gewährleistet werden. Die Bundeswehr lässt sich dieses atomare Muskelspiel nach Schätzungen jährlich rund 100 Mio. Euro kosten.

Sieht man sich die globalen Statistiken an, ist unschwer zu erkennen, dass es die NATO-Staaten sind, die das weltweite Rüsten anheizen. Sie sind für rund zwei Drittel der globalen Militärausgaben verantwortlich. Die zehn größten Waffenproduzenten der Welt haben alle ihren Sitz in den NATO-Staaten. 41 US-Firmen und 34 westeuropäische Waffenproduzenten sorgen für 92 Prozent der weltweiten Deals mit Großwaffen.¹⁹ Mit „Sicherheitspolitik“ hat das alles längst nichts mehr zu tun.

Anmerkungen¹ www.bundesregierung.de² Stellungnahme der AG Sicherheitspolitik der Fraktion Die Linke zum Verteidigungshaushalt 2009³ dto.⁴ Europäische Sicherheit 9/2008⁵ dto.⁶ Stellungnahme ...⁷ Bundestagsdrucksache 16/10473 vom 7.10.2008⁸ Bundeswehrplan 2009, erlassen vom Generalinspekteur am 10.06.2008⁹ Stellungnahme ...¹⁰ www.bmvg.de¹¹ [http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung 2007/WTKern D.pdf](http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung%202007/WTKern%20D.pdf)¹² Handelsblatt, 16.06.2008¹³ dto.¹⁴ FTD, 20.08.2008¹⁵ FTD, 25.09.2008¹⁶ Europäische Sicherheit, 9/2008¹⁷ dto.¹⁸ IMI-Studie 33/2008: „Aus dem All in alle Welt – Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa“¹⁹ SIPRI Yearbook 2008**Hand in Hand beim Völkerrechtsbruch: EU und USA mit EULEX im Kosovo**

Heute haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist in mehrfacher Hinsicht bisher einmalig und politisch hochproblematisch.

Auch der Rat der Europäischen Union weißt auf den besonderen Charakter dieses Abkommens hin: „Hierbei handelt es sich um einen besonderen Fall, bei dem die Vereinigten Staaten an einer zivilen Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmen.“ Dies war bislang absolut unüblich.

Die Vereinbarung ist symptomatisch für die immer engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union einerseits und den USA bzw. der NATO andererseits. Die immer wieder in Reden beschworene Abgrenzung der Europäischen Union von der militaristischen US-Politik erweist sich damit als immer unwahrer. EU und USA

agieren immer mehr Hand in Hand in der Weltpolitik.

Die so genannte ‚Rechtsstaatsmission‘ EULEX hat bis heute keine Rechtsgrundlage. EULEX ist völkerrechtswidrig. EULEX steht im offenen Widerspruch zur UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999.

EULEX soll die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo absichern, der Kosovo wurde bis heute nur von 51 Staaten, darunter nicht einmal allen EU-Staaten, anerkannt. Im Rahmen von EULEX sollen 2.000 schwer bewaffnete Polizisten, darunter mehrere hundert zur Aufstandsbekämpfung, entsandt werden. Dazu kommen Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte. Zum EULEX-Missionsleiter wurde der General und ehemalige Kommandant der KFOR, der Franzose Yves de Kermabon, ernannt. Das zeigt, wie weit es um den „zivilen“ Charakter dieses ESVP-Einsatzes bestellt ist.

Die einseitige Anerkennung des Kosovo hat den Ost-West-Konflikt angeheizt und eine wesentliche Rolle im Georgienkrieg im August gespielt. Russland hat mit der Anerkennung von Südossetien und Abchasien die falsche völkerrechtswidrige Politik fortgesetzt, die zuvor von Deutschland, den USA und anderen Staaten mit der Anerkennung des Kosovo vorexerziert wurde.

Die jetzige Einbeziehung der USA in die illegale EU-„Rechtsstaatsmission“ EULEX wird die Spannungen weiter verschärfen und deutet auf die Bereitschaft zur Eskalierung des Konfliktes mit Russland hin.

Statt weiterer Schritte in Richtung Kalter Krieg ist die Rückkehr zum Völkerrecht dringend erforderlich. EULEX muss sofort gestoppt werden.

Tobias Pflüger